

Newsletter Mechthild Rawert **KOMPAKT.**

Ausgabe 10/ Dezember 2009



kompetent. lebensnah. vor Ort.

Liebe Leserinnen,
lieber Leser,

der Dresdener SPD-Bundesparteitag - ein gelungener Neuanfang für die SPD! Nun gibt es viel zu tun: Wir werden wieder stärker eine Mitgliederpartei sein, wollen unsere Nervenenden in die Gesellschaft stärken und wollen als Volkspartei programmatisch die drei Ziele wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, soziale Sicherheit und ökologische Verantwortung miteinander überzeugender verbinden. Wir wollen wieder die Deutungshoheit für die Lösung politischer Probleme erringen. Unsere Werte und Ziele sind dafür die richtige Grundlage.

Ich lade Sie alle herzlich zur Mitgestaltung dieses Erneuerungsprozesses ein: Unsere Veranstaltungen sind öffentlich, Sie können Mitglied oder aber auch Gastmitglied werden. Ich bin überzeugt: Für einen nachhaltigen sozialen Zusammenhalt braucht die Gesellschaft eine wieder erstarkende SPD. Machen Sie mit!

Der Regierungsbeginn von Schwarz-Gelb ist ein Desaster. Ich begrüße den Rücktritt von Ex-Verteidigungsminister Jung. Sein Umgang mit dem Bombardement in Kunduz ist ein Skandal, miserabel sein Auftritt vor dem Parlament. Schon 2008 hatte die SPD den Ausstieg aus der Operation Enduring Freedom gewollt. Folgerichtig werde ich einer Fortsetzung in der kommenden Woche meine Stimme nicht geben. Ex-Familienministerin Ursula von der Leyen hinterlässt ihrer Nachfolgerin Kristina Köhler eine große Bürde. Das Betreuungsgeld ist eine Fernhalteprämie von Bildung für die Kinder und hält gleichzeitig die Mütter vom Arbeitsmarkt fern. So sieht Chancengerechtigkeit nicht aus.

Von der designierten Familienministerin Kristina Köhler erwarte ich einen Kurswechsel. Sie muss nachhaltige Konzepte gegen Kinderarmut und für eine sozial gerechte Familienpolitik bieten. Dazu gehört auch ein klares Nein zum Betreuungsgeld, das die frühkindliche Bildung vor allem armer Kinder gefährdet und noch dazu gleichstellungspolitischer größter Unsinn ist.

Ihnen allen wünsche ich einen frohen Advent, glückliche Weihnachtstage und einen freudvollen Start ins Neue Jahr. Nehmen wir uns gemeinsam etwas vor: Zeigen wir unsere Solidarität mit den Schwächeren dieser Gesellschaft durch eine konkrete Aktion. Wir alle können solidarisch sein.

Mit herzlichen Grüßen

Ihre Bundestagsabgeordnete für Tempelhof-Schöneberg

Mechthild Rawert

Hier treffen Sie mich vor Ort!

- **Freitag, 04. Dezember 09, 18:00-20:00 Uhr, 35-Jahrfeier Kurdistan Hilfsverein, Paul-Lincke-Ufer 44a, Kreuzberg**
- **Samstag, 05. Dezember 09, 09:00 bis 10:30 Uhr, Kongress „Armut und Gerechtigkeit“, Workshop „Selektive gesundheitsorientierte Prävention bei sozial benachteiligten Kindern in Kindertageseinrichtungen - Verhältnisprävention durch Entwicklung integrierter trägerinterner Fortbildung“, Moderation Mechthild Rawert, Rathaus Schöneberg, John-F.-Kennedy-Platz 1, Schöneberg**
- **Sonntag, 13. Dezember 09, 14:00-18:00 Uhr, Friedenauer Engelmarkt, Vor dem Rathaus Friedenau, Breslauer Platz, Schöneberg**

INHALT.

■ Frauen.

Gleichstellung von Frauen und Männern ist kein ernsthaftes Ziel der schwarz-gelben Regierung 2

Mit Power gegen Osteoporose - Nur starke Knochen bleiben ungebrochen 2

■ Gedenktage.

Der Gewalt gegen Frauen ins Gesicht sehen... 3

Schul-Gedenkveranstaltung zur Reichspogromnacht am 9. November 1938..... 3

■ Gesundheit.

Deutschland nach der Wahl - Der Gesundheitsmarkt im Umbruch..... 4

Impfung gegen die sogenannte Schweinegrippe erfordert individuelle Beratung..... 4

■ Wahlkreis.

Dankeschön-Fier im Wahlkreisbüro..... 5

Mechthild Rawert ruft zur Teilnahme am Deutschen Studienpreis 2010 auf..... 5

■ Pressemitteilungen.

Mechthild Rawert: Schwarz-Gelb ohne Mut bei der Bekämpfung von Diabetes..... 6

Kinderrechte in Deutschland noch nicht überall verwirklicht..... 6

■ Gleichstellung von Frauen und Männern ist kein ernsthaftes Ziel der schwarz-gelben Regierung

„90 Jahre Kampf für die eigenständige wirtschaftliche und soziale Sicherung von Frauen - das ist seit dem 15. Januar 1919 die Geschichte der engagierten Frauen im Sozialverband Deutschland e.V. (SoVD), ehemals Reichsbund. 90 Jahre engagierte sozial- und geschlechtergerechte Politik. Das hat mich daran erinnert: Da will ich mitmachen. Ich werde Mitglied“, kündigte Mechthild Rawert, Bundestagsabgeordnete aus Tempelhof-Schöneberg, beim Festakt der Frauen im SoVD am 26. Oktober in Berlin an.

Die Veranstaltung stand unter dem Motto „Gleichstellung von Frauen und Männer - die Herausforderung in der neuen Legislaturperiode? - 90 Jahre frauenpolitisches Engagement im Sozialverband Deutschland“.

„Von der Reservearmee in den Niedriglohnsektor?“

Als eine der Festrednerinnen nahm Dr. Ursula Engelen-Kefer, Vorsitzende des Arbeitskreises Sozialversicherung des Sozialpolitischen Ausschusses des SoVD-Bundesvorstandes, die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen unter die Lupe und rief in Erinnerung, dass die verfassungsrechtlich garantierte Gleichstellung von Frauen und Männern bis heute noch nicht erreicht sei. Hier sei der Staat zu weiteren Anstrengungen verpflichtet.

„Wie geht es weiter in der Frauenpolitik vier Wochen nach der Bundestagswahl?“ - so die Fragestellung einer Podiumsdiskussion. Hier betonte Rawert, dass der schwarz-gelbe Koalitionsvertrag keine erkennbaren Signale für eine fortschrittliche Frauen- und Gleichstellungspolitik erkennen lasse: Es gebe keine einzige konkrete Maßnahme, die die Situation von Frauen



Foto: Herbert Schlemmer

wirklich verbessere und sie vor allem vor den Risiken Krankheit, existenzsicherndes Einkommen, Altersarmut oder vor Diskriminierung besser schütze.

Für Rawert steht zudem außer Frage: „Die Teilhabe von Frauen an Führungspositionen ist nicht gewollt. Das beste Beispiel ist die Regierung selbst, in der Frauen nicht einmal zu einem Drittel vertreten sind.“

Ebenso scharf kritisierte die Abgeordnete die Koalition für ihre ablehnende Haltung einem gesetzlichen Mindestlohn gegenüber: „Wer den gesetzlichen Mindestlohn nicht will, versündigt sich an den Frauen und verwehrt ihnen die Chance auf ein Existenz sicherndes Einkommen. Wer nichts unternimmt, um Normalarbeitsverhältnisse zu stärken, will die fast 70 Prozent der Frauen im Niedriglohnsektor belassen!“

Auch in der Gesundheitspolitik ziehen Frauen den Kürzeren

Ebenso hart ins Gericht ging die SPD-Politikerin mit den schwarz-gelben Plänen in der Gesundheitspolitik: „Wer so umsteuert, dass überwiegend Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Lasten tragen, benachteiligt vor allem Frauen, die überdurchschnittlich im unteren Einkommensbereich tätig sind.“

Und auch bei der gesundheitlichen Versorgung von Frauen stelle die Koalition auf Durchzug: So werde im Koalitionsvertrag kein Wort darüber verloren, dass eine genderorientierte Gesundheitsforschung und -versorgung notwendig ist. Auch hier zögen Frauen nach wie vor den Kürzeren, betonte die Gesundheitspolitikerin. ■

■ Mit Power gegen Osteoporose - Nur starke Knochen bleiben ungebrochen

„Trotz weit reichender medizinischer Fortschritte in den letzten Jahrzehnten werden Krankheiten, an denen überwiegend Frauen leiden oder sogar versterben, immer noch bedeutend seltener erforscht als andere. Die Vorsorgeuntersuchungen für Frauen, die medizinische Versorgung von älteren Frauen muss dringend verbessert werden“, forderte Mechthild Rawert, Mitglied des Gesundheitsausschusses im Bundestag, beim 1. Women Leaders Round Table in Deutschland beim 9. PatientInnenkongress Osteoporose am 17. Oktober in der Schöneberger Urania, der anlässlich des weltweiten Osteoporose-Tages stattfand.

Der Women Leaders Round Table wurde von der Internationalen Osteoporose Stiftung ins Leben gerufen, um mit kompetenter Frauenpower dem Thema Osteoporose mehr Gehör zu verschaffen. Zum ersten Mal fand in Deutschland ein solcher Runder Tisch statt. Mehr als 7,8 Millionen Menschen über 50 Jahren und damit rund ein Viertel der deutschen Bevölkerung leiden in Deutschland an Osteoporose. ExpertInnen gehen davon aus, dass sich in einer älter werdenden Gesellschaft die Anzahl der an Osteoporose Erkrankten innerhalb der nächsten 40 Jahre verdoppeln wird. Die Krankheit trifft Männer ebenso wie Frauen. Frauen leiden allerdings zwei- bis dreimal so häufig an ihr wie Männer.

Bei weniger als 25 Prozent der von Osteoporose - von mangelnder Knochendichte - Betroffenen wird die Erkrankung rechtzeitig erkannt und adäquat behandelt. Osteoporose tritt bei Frauen nicht erst mit dem unter Umständen sehr schmerzhaften, im Volksmund als „Witwenbuckel“ bekannten Phänomen auf. Osteoporosebedingte Wirbelkörperbrüche bleiben oft lange unerkannt.

Jedes Jahr ereignen sich über 405.000 Knochenbrüche aufgrund von Osteoporose. Es brechen vor allem der Unterarm, Schenkelhals oder die Wirbelsäule. Über 90 Prozent der PatientInnen mit Oberschenkelhalsbruch haben eine verminderte Knochendichte. 20 Prozent der PatientInnen werden nach einem Oberschenkelhalsbruch versorgungspflichtig invalide.

„Rechtzeitige Diagnose und Therapie kann vielen der von Osteoporose bedrohten Bürgerinnen und Bürgern das Schicksal von schwindenden Knochen, chronischen Schmerzen, Behinderung und Invalidität ersparen“, so die Gesundheitspolitikerin. ■



Judy Stenmark, Mechthild Rawert, Dr. Jutta Semler, Nina Ruge, Birgit Eichner, Carin E. Hinsinger, v.l.n.r. (Foto: Christiane Trabert)

■ **Tag der Gewalt gegen Frauen: Der Gewalt gegen Frauen ins Gesicht sehen**

„Wir müssen der Gewalt gegen Frauen ins Gesicht sehen“, sagt die SPD-Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert anlässlich des Internationalen Tages gegen Gewalt gegen Frauen am 25. November. Vor zehn Jahren wurde dieser Tag von den Vereinten Nationen ins Leben gerufen. Der internationale Gedenktag geht zurück auf die Ermordung der Schwestern Mirabal am 25. November 1960. Die drei Frauen hatten sich gegen die Diktatur in der Dominikanischen Republik engagiert und waren nach monatelanger Folter vom militärischen Geheimdienst umgebracht worden.

Berlin setzt Zeichen gegen Gewalt an Frauen

Trotz sichtbarer Fortschritte im Kampf gegen Gewalt sind Frauen nach wie vor von Gewalt betroffen: ob als Opfer von Vergewaltigungen, von häuslicher Gewalt, von Frauenhandel, sogenannter „Ehrenmorde“ oder von Genitalverstümmelungen. „Frauen, die von Gewalt betroffen sind, brauchen unsere Unterstützung. Mich freut deshalb, dass die Berliner Frauenprojekte ab 2010 mehr als 1 Million Euro zusätzlich erhalten. Mit diesem Beschluss im Fachausschuss Wirtschaft und Frauen hat die rot-rote Koalition die Notwendigkeit von Frauenförderung unterstrichen und mit der besonderen Unterstützung von Projekten gegen häusliche Gewalt und gegen Zwangsverheiratung ein unmissverständliches Zeichen gegen Gewalt an Frauen gesetzt“, merkt Rawert zum Doppelhaushalt 2010/2011 für das Land Berlin an.

Rawert unterstrich die Erfolge im Kampf gegen Gewalt auch auf Bundesebene. "Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten können stolz sein auf das von der damaligen rot-grünen Bundesregierung initiierte Gewaltschutzgesetz, das seit 2002 in Kraft ist. Mit diesem Gesetz haben wir einen wichtigen Beitrag für die Bekämpfung von häuslicher Gewalt geleistet und das Thema enttabuisiert."

Gleiches gilt für die weibliche Genitalverstümmelung: Auch hier hat der Deutsche Bundestag in der letzten Wahlperiode eine

wichtige Regelung beschlossen. Danach können Mädchen, die zum Tatzeitpunkt der Genitalverstümmelung noch nicht volljährig waren, auch nach dem 18. Lebensjahr noch Anzeige erstatten. Ein weiterer Fortschritt: Der sichere Drittlandstatus für Länder wie Ghana und Senegal wurde aufgehoben, weil dort nach wie vor Mädchen von weiblicher Genitalverstümmelung bedroht sind. Das alles reicht aber nicht.



4.000 Mädchen von Genitalverstümmelung bedroht

Die Frauenrechtsorganisation Terre des Femmes geht davon aus, dass in Deutschland etwa 4.000 Mädchen von dieser Menschenrechtsverletzung bedroht sind. Dabei wird der Eingriff nicht ausschließlich im Ausland vorgenommen, auch hierzulande ist Genitalverstümmelung grausame Praxis.

Um das zu vermeiden, schlägt die Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert vor: „In Zukunft muss es vor allem um Prävention und Aufklärung gehen. Das Problem Genitalverstümmelung muss schon in der Schule thematisiert werden. Wir müssen außerdem die Polizei, Justiz sowie Ärzte und Ärztinnen für das Problem in Form von Weiterbildungen sensibilisieren. Nicht zuletzt brauchen wir adäquate spezialisierte Beratungsstellen für Opfer und potenzielle Opfer.“

Auch im Rahmen der Veranstaltungsreihe CrossKultur am 25. November auf Initiative der Integrationsbeauftragten von Tempelhof-Schöneberg sprach sich Rawert für eine konsequente Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen aus. ■

■ **Schul-Gedenkveranstaltung zur Reichspogromnacht am 9. November 1938**

Der 9. November ist ein historisches Datum und steht exemplarisch für den Mauerfall, den wir gemeinsam mit Gästen aus aller Welt gefeiert haben. Gleichzeitig steht der 9. November für das dunkelste Kapitel der deutschen Geschichte.

"Es war mir ein Anliegen, gemeinsam mit den Schülerinnen und Schülern der Hugo-Gaudig-Oberschule aus Tempelhof-Schöneberg an diesem Tag bei einem Schweigemarsch und anschließender Kundgebung am Mahnmal "Gleis 17" im S-Bhf. Grunewald der Verfolgung und Ermordung von Juden im Dritten Reich zu gedenken", zeigte sich Mechthild Rawert tief bewegt.



Kevin Krüger/www.pixello

Das Mahnmal "Gleis 17" erinnert an die Deportationszüge, die von hier aus mehr als 50.000 Menschen in die nationalsozialistischen Vernichtungslager transportierten. Zusammen mit Schülerinnen und Schülern des Gottfried-Keller-Gymnasiums und in Zusammenarbeit mit der Landespolizeischule sowie dem Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf, wurde der

Schweigemarsch am 71. Jahrestag der Reichskristallnacht würdig begangen.

Bewegender Höhepunkt der Zeremonie und Erinnerung wider das Vergessen war die Ansprache von Isaak Behar, dem Gemeindeältesten der jüdischen Gemeinde zu Berlin, am symbolischen Grab seiner Eltern. Diese wurden mit seinen beiden Schwestern vom Gleis 17 aus nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.

Für Mechthild Rawert zeigt die Begegnung mit einem Überlebenden des Holocaust und das tatkräftige Engagement der jungen Schülerinnen und Schüler beeindruckend, dass der tägliche Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rassismus und Intoleranz nicht vergehen darf.

"Die Schülerinnen und Schüler machen deutlich, dass sie - obwohl frei von persönlicher Schuld an jenen Ereignissen - ihre Verantwortung für die freiheitliche Entwicklung der Gesellschaft verantwortungsvoll wahrnehmen wollen. ■

■ Mechthild Rawert zeigt Schleife und unterstützt den Welt-AIDS-Tag 2009

Auch ich zeige Gesicht und rote Schleife und unterstütze damit wie viele andere auch das diesjährige Motto „Ganz Deutschland zeigt Schleife“ anlässlich des Welt-Aids-Tages 2009, so Mechthild Rawert, Mitglied des Gesundheitsausschusses des Deutschen Bundestages und Beiratsmitglied der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung.

Ich trage die rote Schleife und solidarisiere mich damit mit HIV-positiven und aidskranken Frauen und Männern. Ich will ein Zeichen setzen für den Kampf gegen HIV und AIDS.

In unserer Gesellschaft darf niemand wegen einer Erkrankung ausgegrenzt oder diskriminiert werden. Unser solidarisches Gesundheitssystem muss dafür Sorge tragen, dass auch HIV- oder Aids-erkrankte eine umfassende gesundheitliche Versorgung erhalten. Gleiches gilt für sämtliche Präventionsanstrengungen. Sichergestellt werden muss die dauerhafte Finanzierung.

Und ich trage die Schleife auch, weil ich nicht möchte, dass diese immer noch heimtückische Krankheit bei

den jungen Leuten nicht in Vergessenheit gerät. Noch immer haben HIV-Erkrankte keine Chance auf Heilung. Sie müssen ein Leben lang die Medikamente einnehmen. Nach wie vor gibt es gravierende Nebenwirkungen. Sorglosigkeit ist nicht angebracht. HIV kann jede und jeden treffen.

Über die wieder ansteigenden Infektionszahlen in Deutschland dürfen wir das Elend, das AIDS im südlichen Afrika anrichtet, nicht vergessen. Insbesondere Frauen erkranken. Viele Kinder sind Waisen. Viele Kinder werden schon mit HIV geboren. Wir müssen als reicher Teil der Weltgesellschaft dafür sorgen, dass für alle bezahlbare Medikamente zur Verfügung stehen, dass viel mehr in Aufklärung und Prävention investiert wird und dass eine den Tod bringende Sexualmoral keinen Platz mehr im aufgeklärten 21. Jahrhundert hat.

Jeder und jede kann etwas tun und mit kleinen Spenden zur Unterstützerin und zum Unterstützer werden. Ich bitte auch Sie - helfen Sie mit, unterstützen Sie die Kampagnen zum Welt-Aids-Tag. ■



Foto: Marcel Rolfes/www.pixello.de

■ Impfung gegen die sogenannte Schweinegrippe erfordert individuelle Beratung

"Ich habe mich gegen die sogenannte Schweinegrippe impfen lassen - bei einem Arzt in meinem Bezirk und mit dem adjuvantierten Wirkstoff. Und ich kann sagen, dass ich die Impfung gut vertragen habe", wirbt die Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert, Mitglied des Gesundheitsausschusses, für eine stärkere Impfbereitschaft bei den Berlinerinnen und Berlinern.

"Deutschland kennt keinen Impfpflicht. Das bedeutet, dass jede/r eigenverantwortlich entscheiden und abwägen muss zwischen der Erkrankungsgefahr und dem Impfrisiko. Nicht einfach, zumal die WissenschaftlerInnen kein einheitliches Votum abgeben. Ich vertraue aber der bisherigen Impferfahrung hierzulande."

Information und Aufklärung sowie eine gute Beratung sind von enormer Bedeutung für ein vertrauensvolles und gleichberechtigtes Verhältnis zwischen Arzt/Ärztin und PatientIn. Für Mechthild Rawert steht nach ihrem Impftermin fest, dass dieses persönliche und individuelle Beratungsgespräch zwischen Arzt/Ärztin und PatientIn entscheidend ist. PatientInnen sollten sich zu Hause vorbereiten und mitteilen können, wel-

che Medikamente sie einnehmen; ob sie bei früheren Impfungen allergisch reagiert haben und ob sie bspw. unter Allergien gegen Hühnereiweiß leiden.

Rawert kritisierte in dem Zusammenhang die unzureichende Organisation durch die Senatsverwaltung für Gesundheit sowie die Kassenärztliche Vereinigung. Angesichts der langen Vorlaufzeit sei ein derartiges Impfchaos nicht nachvollziehbar. "Abhilfe tut hier wirklich Not", so Rawert.

Das das H1N1-Virus bundesweit grassiert, zeigt eindrucksvoll eine Internetseite des Robert-Koch-Instituts (RKI). Unter **www.influenza.rki.de** ist eine Deutschlandkarte abgebildet, die größtenteils rot eingefärbt ist. Die Signalfarbe dokumentiert die Ausbreitung von Atemwegserkrankungen. Sämtliche positive Proben seien der neuen Influenza A/H1N1 zugeordnet worden.

In ganz Deutschland gab es (Stand 24. November) 132 965 Fälle von Schweinegrippe. Die Ständige Impfkommission rät nach wie vor zur Impfung, vor allem chronisch kranke Personen sollten sich immunisieren lassen. ■



■ **Dankeschön-Feier im Wahlkreisbüro**

„Wir haben gemeinsam gekämpft, doch nun lasst uns gemeinsam feiern!“ Mit diesen Worten eröffnete die Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert ihre Dankeschön-Feier im Tempelhofer Wahlkreisbüro. Rawert dankte all jenen, die sie im Wahlkampf in den letzten Wochen und Monaten unterstützt hatten.

Neben dem geselligen Beisammensein, kam auch die Politik nicht zu kurz. Über die Erneuerung der SPD wurde unter den Gästen eifrig debattiert. Die Bereitschaft zum gemeinsamen Neuanfang ist groß.

Statt Geschenken bat Mechthild Rawert um Spenden für SPATZ e.V., der als Förderverein von Kinderkrankenschwestern, ÄrztInnen, PhysiotherapeutInnen, Familienangehörigen und FreundInnen des St. Josef-Krankenhauses in Tempelhof gegründet wurde. Ein Krankenhausaufenthalt ist für Kinder und Jugendliche und ihre Eltern seelisch oft belastend. SPATZ will den Kindern mit Spiel- und Betreuungsangeboten, Dekoration und Schmuck für die Krankenhausräume, Feiern und Festen, Theater- und Clown-Aufführungen den Aufenthalt etwas angenehmer machen. Daneben unterstützt der Verein den Krankenhausbesuchsdienst und fördert Information und Kommunikation.

SPATZ e.V. ist vom Finanzamt für Körperschaften als gemeinnützig anerkannt und stellt für Spenden gern auch Spendenquittungen aus. Sie können auf das **Konto-Nr. 100 080 54, bei der Sparkasse Freiburg Nördlicher Breisgau, BLZ 680 501 01** spenden. ■



Foto: Das Fest in vollem Gange



Foto: Ingeborg Ludwig, Mechthild Rawert, Antje Schwarzer, v.l.n.r.



Das Rawert-Team vor dem Wahlkreisbüro - mit neuem Schild!

■ **Mechthild Rawert ruft zur Teilnahme am Deutschen Studienpreis 2010 auf**

Deutscher Studienpreis
Der Wettbewerb für junge Forschung

Wissenschaft

Bundestagspräsident Norbert Lammert, Schirmherr des Wettbewerbs, hat den Deutschen Studienpreis 2010 offiziell eröffnet. Mit dem Preis zeichnet die Körber-Stiftung junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für gesellschaftlich bedeutsame Forschungsarbeiten aus.

An der aktuellen Ausschreibung können Promovierte teilnehmen, die im Jahr 2009 ihre Dissertation mit exzellentem Ergebnis abschließen. **Einsendeschluss ist der 1. März 2010.** Mit drei Spitzenpreisen von je 30.000 Euro zählt der Deutsche Studienpreis zu den höchstdotierten deutschen Auszeichnungen für NachwuchswissenschaftlerInnen.

„Unser Land ist gerade in der aktuellen Krise auf die Innovationsfähigkeit und die Kreativität von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern angewiesen“, erklärte Mechthild Rawert, Bundestagsabgeordnete aus Tempelhof-Schöneberg.

Gebraucht werden kluge Köpfe, die Forschungsvorhaben nicht als Selbstzweck, sondern immer auch in ihrer gesellschaftlichen Dimension betrachten.

Der gesellschaftliche Wert einer Forschungsarbeit kann für den Wettbewerb einerseits in einem konkreten Anwendungsbezug bestehen - etwa einer neu entwickelten medizinischen Therapie oder einem innovativen Gesetzesvorschlag. Ebenso willkommen sind beim Deutschen Studienpreis wissenschaftliche Beiträge, die Orientierungswissen bieten.

Fragen zum Wettbewerb werden Ihnen gerne unter 040/80 81 92 - 143 beantwortet. Die kompletten Teilnahmebedingungen, das Ausschreibungsmotiv zum Download und weitere Informationen finden Sie unter

www.studienpreis.de.

■ Mechthild Rawert: Schwarz-Gelb ohne Mut bei der Bekämpfung von Diabetes

Anlässlich des Welt-Diabetes-Tages am 14. November erklärt Mechthild Rawert, Mitglied im Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages:

Zur Bekämpfung der Volkskrankheit Diabetes Mellitus brauchen wir neben dem individuellen Engagement jedes/r Einzelnen auch eine stärker vorsorgende Gesundheitspolitik. Davon aber ist die neue Bundesregierung meilenweit entfernt.

Zu einer vorsorgenden Gesundheitspolitik gehört es, Krankheiten aktiv vorzubeugen und gesundheitsfördernde Lebens-, Wohn- und Arbeitsbedingungen zu realisieren. Hierfür ist ein Präventionsgesetz unerlässlich. Doch mit diesem längst überfälligen Gesetz wird in dieser Legislaturperiode kaum zu rechnen sein. Stattdessen will Schwarz-Gelb mit zielgruppenspezifischer Aufklärung dazu beitragen, Eigenverantwortung und Gesundheitsbewusstsein zu stärken. Die Koalition setzt auf Programme und Strukturen, statt mit einem Gesetz endlich die Primär- und Sekundärprävention wirksam zu stärken und Gesundheits-

ziele als Handlungsrahmen zu definieren.

Ebenso wichtig für die Bekämpfung der Volkskrankheit Diabetes ist die Einführung einer Nährwertampel. Aber auch bei der Lebensmittelkennzeichnung haben sich Union und FDP anders entschieden; dem farblich unterlegten Ampelsystem erteilt die Koalition eine klare Absage und setzt stattdessen auf das "1 plus 4"-Modell.

Nach diesem Modell sollen die Angaben der vier Stoffe Fett, gesättigte Fettsäuren, Zucker und Salz in Gramm und Prozent für den täglichen Bedarf den KäuferInnen aufklären. Ergänzt wird das Etikett durch eine Gesamtkalorienangabe für das Produkt. Für Unternehmen, die dies nicht umsetzen können, soll das Energielogo mit der Kalorienangabe allein ausreichen.

Mit der Entscheidung gegen die Ampelkennzeichnung und für das "1 plus 4"-Modell zeigt Schwarz-Gelb einmal mehr: Die Interessen der Industrie wiegen mehr als die der um mehr Aufklärung bedürftigen deutschen Verbraucherinnen und Verbraucher. ■

■ 20 Jahre Kinderrechtskonvention: Kinderrechte in Deutschland noch nicht überall verwirklicht

Am 20. November wird weltweit das 20-jährige Jubiläum der UN-Kinderrechtskonvention begangen. Die Konvention sichert Kindern und Jugendlichen bis 18 Jahre umfassende Rechte zum Schutz, zur Förderung und zur Beteiligung zu.

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert erklärt: „In Deutschland gibt es nicht nur Grund zum Feiern, denn noch sind Kinderrechte nicht überall verwirklicht. Die Kinderrechtskonvention gilt hierzulande nur eingeschränkt, denn die damalige schwarz-gelbe Koalition hat 1992 eine Vorbehaltserklärung abgegeben. Diese betrifft die Rechte von Flüchtlingskindern. Seit langem fordert die SPD, dass Kinderrechte auch in Deutschland endlich vorbehaltlos umgesetzt werden.“



Marc Tollas/www.pixelio.de

Weiteren Handlungsbedarf sieht Rawert für die Rechte von Kindern mit einer Behinderung. Während in vergleichbaren Ländern 90 Prozent aller Kinder gemeinsam unterrichtet werden, besuchen in Deutschland

nur knapp 16 Prozent aller Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf eine Regelschule. Rawert fordert deshalb: „Kinder mit Behinderung dürfen in Kitas und Schulen nicht ausgegrenzt werden. Zwar gibt es immer mehr

Einrichtungen auch in Tempelhof-Schöneberg, die integrativ arbeiten, aber es bleibt dennoch viel zu tun.“

Die SPD-Bundestagsabgeordnete will sich dafür einsetzen, dass Kinderrechte bekannter gemacht werden. „Nur wer seine Rechte kennt, kann sie auch durchsetzen. Dafür ist mehr Aufklärungsarbeit in Kitas und Schulen und eine stärkere Beteiligung von Kindern und Jugendlichen notwendig.“ Rawert kündigte zudem an, sich im Bundestag auch weiterhin für die Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz stark zu machen. „Eine solche Verfassungsänderung würde unterstreichen, dass der Staat den Kindern zur Verwirklichung ihrer Rechte verhilft und für kindgerechte Lebensbedingungen sorgt.“ ■

Zitat der Woche.

„Ich bedaure das Votum des Bundesrates. Es bleibt aber richtig, den Schutz von Schwulen und Lesben im Grundgesetz zu verankern. Offenbar ist die Diskussion bei CDU und FDP aber noch nicht so weit, dass eine solche Initiative, die von insgesamt sieben Ländern befürwortet wurde, schon heute erfolgreich sein konnte.“

Klaus Wowereit, Regierender Bürgermeister, am 27.11.09 zum Abstimmungsergebnis im Bundesrat zur Änderung des Artikels 3 des Grundgesetzes (Diskriminierungsverbot)



Impressum.

Mechthild Rawert, MdB

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030/227 737 50
Fax: 030/227 762 50

V.i.S.d.P.: Mechthild Rawert

Kontakt.

Wahlkreisbüro

Friedrich-Wilhelm-Straße 86
12099 Berlin
Tel: 030/720 13 884
Fax: 030/720 13 994

eMail: mechthild.rawert@wk.bundestag.de

Anfahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln:
U6, U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.

Online.

■ www.mechthild-rawert.de

Und auch auf Facebook!

www.facebook.com/mechthild.rawert